



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie und Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz  
Herrn Dr. Robert Habeck  
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz  
Scharnhorststr. 34-37

10115 Berlin

Nachrichtlich:

Herrn  
Bundeskanzler Olaf Scholz  
Bundeskanzleramt

10557 Berlin

Potsdam, 7. September 2022

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

der Zeitpunkt des beschlossenen Embargos der Bundesregierung auf die pipelinegebundene Einfuhr russischen Erdöls rückt immer näher und es bereitet uns und insbesondere den Menschen im Nordosten des Landes Brandenburg große Sorge, ob eine nachhaltige Sicherung des Industrie- und Energiestandortes Schwedt wirklich gelingen kann. Bislang fehlen verlässliche und schriftlich fixierte Aussagen der Bundesregierung, wie der überregional bedeutsame Industriestandort Schwedt gesichert und die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des bevorstehenden Erdöl-Embargos in den kommenden Monaten und Jahren wirksam abgefangen werden können.

Wir sehen uns daher veranlasst, mit Blick auf die immer knapper werdende Zeit folgenden Forderungskatalog an Sie zu richten:

- Wir fordern eine schriftliche **Beschäftigungsgarantie** für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der PCK-Raffinerie Schwedt/Oder (auch) bei einer möglichen Treuhandlösung.
- Wir fordern eine schriftliche Bestätigung **zur Ertüchtigung der Pipeline** und **zur Bereitstellung der benötigten Ölkapazitäten** für die weitere vollständige Auslastung der PCK-Raffinerie Schwedt/Oder.

Ministerium für  
Wirtschaft, Arbeit und  
Energie

Der Minister

Ministerium der Finanzen  
und für Europa

Die Ministerin

- Wir fordern eine schriftliche Bestätigung für ausreichende und langfristige **Strukturmittel für die Bewältigung des sozio-ökonomischen Transformationsprozesses** in der Wirtschaftsregion Schwedt/Oder.
- Wir fordern sicherzustellen, dass es in Folge der Embargoentscheidung der Bundesregierung nicht zu einer stärkeren finanziellen Belastung der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland kommt.

Für die nachhaltige Sicherung der Raffinerie und für die Versorgung Deutschlands mit den dort hergestellten Produkten erwarten wir, dass die Bundesregierung uns einen verlässlichen Fahrplan für alle Beteiligten an diesem Prozess vorlegt. Zudem unterstützt ein solcher Fahrplan kommunale Vertreter und Sozialpartner und ist gegenüber den Beschäftigten am Wirtschaftsstandort eine verlässliche Richtschnur.

Wir bitten Sie, auch vor dem Hintergrund der bedenklichen Zuspitzung der Lage der Energieversorgung in Deutschland – insbesondere, aber nicht nur auf der Kosten- und den mittlerweile deutlich zunehmenden kritischen Wortmeldungen aus immer weiteren Teilen der Wirtschaft, nunmehr verbindlich Maßnahmen vorzuschlagen und zu vereinbaren, damit die Energieversorgung und der Transformationsprozess gelingen und die verständlicherweise bestehende hohe Unsicherheit für die Menschen in der Region beseitigt werden kann.

Bislang sind leider kaum konkrete Fortschritte und Verabredungen in den eingesetzten Arbeitsgruppen Ihres Hauses unterhalb der Bund-Länder-Task-Force „Schwedt“ erreicht worden. Ein Manko ist auch die fehlende Transparenz und Informationsbereitstellung über einzelne Arbeitsschritte durch Ihr Haus, bspw. hinsichtlich der Klärung der Eigentumsfrage.

Die Zeit drängt. Ohne konkrete Zusagen in der Sache, einen verbindlichen Fahrplan und eine bessere Transparenz wird für uns eine weitere Mitwirkung in der Task Force Schwedt und in den Arbeitsgruppen nicht mehr zielführend sein.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr.-Ing. Jörg Steinbach



Katrin Lange

